

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 29.08.2008, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Floherschütz, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Gottschaldt, Metz

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Stadträte Biver, Dr. Sewering-Wollanek,
Stadtverordnete Adsan (Marburger Linke), Lohse (CDU), Schäfer (Marburger Linke),
Dr. Uchtmann (MBL)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Weiterhin weist der Stadtverordnetenvorsteher auf die allen Stadtverordneten vorliegende Einladung zu Veranstaltung "Stadtrad(t)eln" unsere Stadt fährt Rad hin und auf den gemeinsamen Besuch in unserer Partnerstadt Eisenach zum 20-jährigen Städtepartnerschaftsjubiläum am Samstag, dem 13. September 2008.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juni 2008 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zunächst gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen.

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei Dringlichkeitsanträge der CDU-Fraktion vor.

1. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Kein Rückbau der Universitätsstraße VO/0570/2008

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor. Der Stadtverordnete Jannasch (CDU) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Becker (SPD). Für den Magistrat sprechen der Oberbürgermeister und der Bürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung unterstützt die CDU-Fraktion die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht.

Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

2. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Altenpflegekonzept VO/

Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch die Stadtverordnete Gottschlich (CDU). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach. Gegen die

Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Becker (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, der FDP und der MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht.

Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Beide Dringlichkeitsanträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Zur Abhandlung der Tagesordnung:

Der Stadtverordnete Metz (Marburger Linke) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 10 betr. Marburger Ortsrecht VO/0495/2008 um eine Sitzung zu vertagen und begründet dies.

Für den Magistrat spricht zur Sache der Oberbürgermeister.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und FDP, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, sowie bei einigen Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Metz auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 10 wird abgelehnt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Damit gilt die Tagesordnung für die heutige Sitzung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

**zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 1 8/2008)
Vorlage: VO/0526/2008**

Sind dem Magistrat Vorschläge bekannt, wie Kindergartenkindern der Lebens- und Erfahrungsraum „Wasser/Lahn“ altersgerecht nahe gebracht werden kann, verknüpft mit einer leib-sinnlichen Naturerfahrung und einer entwicklungsangemessenen naturwissenschaftlichen Grundbildung, und gibt es Pläne, ein solches Projekt zu realisieren und den Marburger Kindergärten anzubieten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In 2005, im Rahmen der 6-wöchigen Veranstaltung „Ab in die Mitte - Innen gewinnen“ war ein Veranstaltungsschwerpunkt die Idee des Fachdienstes Kinderbetreuung, ein Flusskindergartenprojekt anzubieten.

Diese Idee hat dann in den folgenden Jahren zu dem Kooperationsprojekt zwischen dem Fachdienst Kinderbetreuung, dem Fachdienst Umwelt und Naturschutz, der DLRG und dem BUND geführt.

Das Flusskindergartenprojekt wurde mit der Zielsetzung konzipiert, die Kinder gemäß dem Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) u. a. in den Bildungsbereichen Umwelt- und Naturerfahrung zu begleiten und zu fördern.

Auf einem Fluss zu fahren, die Umwelt aus einer anderen Perspektive wahrzunehmen, zu erforschen, zu entdecken und zu erleben, sind Teile dieses Projektes.

Die beiden genannten Schwerpunkte sind nicht unabhängig von den übrigen Bildungsbereichen zu sehen, d. h. sie werden ebenfalls durch das Projekt tangiert, wie

z. B. die Sprache und die soziale und emotionale Bildung, da das Floß nur einen ganz begrenzten Raum für 15 - 20 Kinder bietet. Dies erfordert eine hohe soziale Kompetenz seitens der Kinder.

Ebenso können Kinder aktiv naturwissenschaftliche und mathematische Grund- und Bewegungserfahrungen zu dem Element Wasser machen und z. B. Materialien in und auf der Lahn auf ihre Eigenschaften hin beobachten, erproben und Schlüsse ziehen.

So haben die Kinder z. B. mit den einfachsten Mitteln am Flussufer eine kleine Kläranlage gebaut.

Das Projekt besteht aus zwei Teilen, zum einen Beobachten, Forschen und Entdecken des Wassers und der Umwelt vom Floß aus und zum anderen an und im Fluss.

Teil 1 ist in Planung und Durchführung Aufgabe der Fachkräfte der städtischen Tageseinrichtungen, die die jeweilige Thematik mit den Kindern vor- und nachbereiten. Teil 2 ist Aufgabe des BUND, wobei für die jeweilige Projektwoche eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die vorbereitend Themen und Aktionen gemeinsam festlegt.

Das für die Projektzwecke gebaute Floß wird dem Fachdienst Kinderbetreuung durch die DLRG zur Verfügung gestellt und die DLRG sorgt für die Sicherheitsmaßnahmen während der Floßfahrt.

Die Floßfahrt beginnt am DLRG-Gebäude und führt bis zum Wehr in Wehrda. Zwischendrin werden Stopps eingelegt für Spiele und Entdeckungen am Ufer und auf den Wiesen.

Dieses Projekt wird jährlich durchgeführt und läuft über eine Woche, da die DLRG-Mitarbeiter dieses Projekt ehrenamtlich unterstützen und daher zeitlich nicht ausgeweitet werden kann.

Die beiden genannten Schwerpunkte sind nicht unabhängig von den übrigen Bildungsbereichen zu sehen, z. B. Sprache und die soziale und emotionale Bildung. Sie werden ebenfalls durch das Projekt tangiert.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde über das Flusskindergartenprojekt der Jahre 2005 und 2006 eine kommentierte Fotodokumentation und 2007 ein Film von städtischen Erzieherinnen erstellt.

Er beschreibt, wie Kinder Lernerfahrungen in allen aufgeführten Bildungsbereichen des BEP sammeln können, was sie und wie sie durch das Projekt lernen.

Das diesjährige Projekt findet in der Woche vom 18.08. - 22.08.2008 statt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Röder (CDU) und Severin (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Ab 17:38 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.

**zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 2 8/2008)
Vorlage: VO/0579/2008**

Das Tor zum ZSP aus Richtung Rollwiesenweg ist geschlossen. Gerade für Bewohner der Aura, die auch im ZSP untergebracht und versorgt werden, wäre es angebracht, das Tor geöffnet zu halten. Dadurch können diese den kürzeren und für sie unkomplizierteren Weg entlang der Cappeler Straße abkürzen.

Könnte sich der Magistrat mit der LVA in Verbindung setzen, damit das Tor wieder geöffnet wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Eingangspforte zum ZSP aus Richtung Rollwiesenweg ist seit etwa 2 1/2 Monaten uneingeschränkt geöffnet, das Türschloss wurde ausgebaut.

Nach telefonischer Auskunft der Verwaltung des ZSP wurde die Leitung der Aura schon vor Wochen über diesen Umstand informiert.

**zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 3 8/2008)
Vorlage: VO/0580/2008**

Ist dem Magistrat der Straßenzustand der Körnerstraße, der Frauenbergstraße und der Zahlbach/Kaffweg, besonders hier die scharfe Kurve, die die Buslinie 16 befahren muss, bekannt und welche dringenden Sanierungsmaßnahmen sind geplant?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Wegen des starken Gefälles sind im oberen Kurvenbereich der Straße „An der Zahlbach“ leichte Verwerfungen in der Fahrbahndecke zu verzeichnen. Diese sind jedoch nicht verkehrsgefährlich, so dass kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Die Situation wird vom FD 66 weiter kontrolliert. Im Bedarfsfall werden punktuelle Reparaturarbeiten veranlasst.

Der Ausbauzustand der Körnerstraße macht eine grundlegende Erneuerung der Fahrbahnflächen erforderlich. Die Bordsteinanlage und die Bürgersteige wurden bereits 1988 komplett erneuert. Die erforderlichen Ausbaumittel werden für das nächste Haushaltsjahr beantragt.

Für die Frauenbergstraße ist eine Erneuerung nicht vorgesehen. Hier werden mit Mitteln der laufenden Straßenunterhaltung kleinere Reparaturen zeitnah ausgeführt.

**zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 4 8/2008)
Vorlage: VO/0527/2008**

Wie steht der Magistrat zum Anliegen der Eltern eines vierzehnjährigen Jungen aus Lahntal, ihr Sohn möge ungeachtet seines Down-Syndroms an der Richtsberg-Gesamtschule seine übrigen Schuljahre absolvieren? (Vgl. Oberhessische Presse vom 08. Juli 2008). Könnte nicht die Stadt Marburg - oft genug Vorreiterin für bis dahin Ungewöhnliches (von ökumenischen Trauungen bis zu selbstbestimmten Wohnen schwerstbehinderter Menschen) - hier wieder mit bahnbrechendem Beispiel vorangehen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der behinderte Schüler hat seinen Wohnsitz im Landkreis, so dass eine sicher wünschenswerte integrative Beschulung vorrangig (wohnnah) auch im Bereich des Schulträgers Landkreis gefunden werden sollte. Die nächstgelegene Schule wäre die Wollenbergschule in Wetter, die als integrierte Gesamtschule eine gleiche Schulform wie die Richtsberg-Gesamtschule führt. Die Entscheidung über den Beschulungsort bei festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf trifft das Staatliche Schulamt, nicht der Schulträger. Im vorliegenden Fall ist ein Verwaltungsstreitverfahren anhängig. Da die Stadt Marburg nicht Beteiligte ist, können hier auch keine weiteren Einzelheiten benannt werden.

Das Staatliche Schulamt hat dokumentiert, dass für den erforderlichen gemeinsamen Unterricht keine Personalressource in Form von freien Förderstunden mehr zur Verfügung steht. Um allen Anträgen im Bereich des Staatlichen Schulamtes entsprechen zu können, würden zusätzlich 636 Förderstunden benötigt, wovon aber nur 176 zum neuen Schuljahr freigeworden sind und somit neu verteilt werden konnten. Die Behörde hat alle Einzelfälle gleichermaßen zu beachten und muss die Vergleichskriterien und -maßstäbe auch gleich ansetzen.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass auch die gewünschte Aufnahme an der Richtsberg-Gesamtschule keinesfalls ohne zusätzliche Förderstunden vertretbar wäre, das wäre auch nicht vertretbar für die Klassengemeinschaft. Der Schulträger kann diese mangelnden Förderstunden nicht übernehmen; dies wäre ein Eingriff in die gesetzlich festgelegte Aufgabenzuordnung. Die Unterrichtsversorgung ist alleinige Aufgabe des Landes Hessen.

Aus unserer Sicht steht das Land Hessen in der Pflicht, eine ausreichende Anzahl an Förderstunden zur Verfügung zu stellen, um auch Kindern wie Philipp Koch einen gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen und sie nicht auf Förderschulbeschulung einzuschränken. Dies werden wir auch in den entsprechenden Gremien so einfordern.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) und Gottschaldt (Marburger Linke) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 5 8/2008)
Vorlage: VO/0546/2008**

Wäre es nicht gescheit, den Streit über die Bronzetafeln neben der Alten Universität abzubrechen, einfach keine Texte dort anzubringen und die „nackten“ Tische und Stühle für die unterschiedlichsten Literaturfeste zu benutzen, als da wären: Lesungen, Aufführungen, Büchertauschfeste,

Bücherversteigerungen, Lesewettbewerbe, vielleicht sogar „Einbürgerungstestabfragen“ und dergleichen mehr und so aus dem Ort eines seltsamen Literaturstreites einen Ort der Kreativität zu machen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Es handelt sich bei den angesprochenen Bronzetafeln um das Areal des sog. dritten Spiel- und Aufenthaltsortes am „Kornmarkt“ in der Oberstadt. Dieser Spiel- und Aufenthaltsort wurde konzipiert und realisiert von den Fachdiensten Stadtplanung, Jugendförderung, Tiefbau, Stadtgrün sowie unter Beteiligung des Kinder- und Jugendparlamentes.

Nach Recherchen des Fachdienstes Kultur steht dieser Ort als öffentlicher Platz prinzipiell jedem Verein/jeder Gruppierung offen, dort Veranstaltungen mit kreativem Charakter durchzuführen; so auch für die oben angesprochenen Lesefeste, Bücherversteigerungen etc. Dies ist nicht an den Fachdienst Kultur gekoppelt. Es ist vorstellbar, dass auch der Fachdienst Kultur diesen Platz gelegentlich als Veranstaltungsort einmal nutzt; dies ist jedoch derzeit nicht regulär vorgesehen.

Die Gestaltung/Anbringung der Bronzetafeln obliegt der Jugendförderung bzw. dem Kinder- und Jugendparlament.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch die Stadträtin und den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 6 8/2008)
Vorlage: VO/0581/2008**

Was ist Stand der Umsetzung - nach einem Verkehrsgutachten - die Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW auf 60 km/h und für PKW auf 80 km/h auf der B3 a zu realisieren und somit die Lärmbelastigung drastisch zu reduzieren?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Mit Schreiben vom 12.08.2008 teilt das Regierungspräsidium Gießen mit, dass einer von der Straßenverkehrsbehörde vorgesehenen Geschwindigkeitsreduzierung auf der B3a nicht zugestimmt wird. Zurzeit wird verwaltungsintern geprüft, welche weiteren rechtlichen Schritte möglich und sinnvoll sind.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) und Dr. Uchtmann (MBL) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. G. Fülberth (Nr. 7 8/2008)
Vorlage: VO/0529/2008**

Wie verhält sich das Niveau des Turnhallenbodens auf dem Gelände der ehemaligen Jägerkaserne zum Niveau des Außengeländes, und welche Sicherheitsprobleme ergeben sich daraus bei Massenveranstaltungen (z.B.

Public Viewing) in der Halle?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Hallenboden liegt niedriger und wurde durch Rampen ausgeglichen gegenüber dem Außengelände.

Die Rampen sind mit den für die Sicherheit zuständigen Stellen abgestimmt, sodass keine Sicherheitsprobleme bestehen.

Bei der Sanierung der Halle ist beabsichtigt, den Hallenboden anzuheben.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.8 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 8 8/2008)**
Vorlage: VO/0582/2008

Ist überprüft worden, wie viele Bebauungspläne die Unterschrift des Oberbürgermeisters tragen, falls ja: Wann wurde die Überprüfung vorgenommen und was hat sich daraus ergeben?

Es antwortet der Bürgermeister.

Grundsätzlich tragen alle B-Pläne die Unterschrift des jeweils amtierenden Oberbürgermeisters.

Wenn sich die Frage auf die erneuten Bekanntmachungen für die Bebauungspläne Nr. 4/4 „Fronhof“ und 3/6 D „Schlossberg / Dammelsberg“ bezieht, so fehlte hier nicht die Unterschrift, sondern lediglich das Datum, um eindeutig zu dokumentieren, dass die jeweilige Ausfertigung des Bebauungsplanes der ortsüblichen Bekanntmachung vorausging. Auf diese Problematik wurde durch ein Schreiben des RP vom 14. März 2008 erstmals hingewiesen.

Das fehlende Datum hat zunächst keine Auswirkung auf die Rechtskraft der Bebauungspläne. Bei Bedarf könnte, wie in den o.g. Bebauungsplänen durchgeführt, im Wege eines ergänzenden Verfahrens eine erneute Ausfertigung und Bekanntmachung erfolgen.

Ein ergänzendes Verfahren soll bei Bedarf (z.B. Klage) im Einzelfall durchgeführt werden. Derzeit sind keine B-Pläne bekannt, bei denen ebenfalls ein ergänzendes Verfahren durchgeführt werden müsste.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.9 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 9 8/2008)**
Vorlage: VO/0583/2008

Wie ist es möglich, dass trotz der Info-Blatt für die Stadtverordneten behaupteten Intensivierung der regelmäßigen Reinigungsaktivitäten immer noch Klagen von Bürgern über Unrat, Unkraut etc. geäußert werden - auch an touristischen Schwerpunktgebieten, z.B. Lutherischer Kirchhof,

Mühltreppe?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Wie in dem an die Stadtverordneten verteilten Info-Blatt zur Straßenreinigung beschrieben, wurden die Reinigungsintervalle verkürzt.

So erfolgt beispielsweise die manuelle Reinigung relevanter Plätze, wie z.B. dem Blochmann-Platz, dem Rudolphsplatz oder im Bereich der Kunsthalle sowie der gesamten Oberstadt, dort wo die Stadt Reinigungs verpflichtet ist jeden Tag. Am Samstag sind dazu vormittags die Oberstadtkolonne sowie zwei Reinigungsgruppen in den anderen relevanten Bereichen tätig. Samstagnachmittag ab 16.00 Uhr findet im Sommer eine zusätzliche Reinigung von stark frequentierten Bereichen wie z.B. den Lahnwiesen und des Schlossparks durch den vom DBM beauftragten „City-Service“ der Praxis GmbH statt.

Sonntags sind die Oberstadtkolonne sowie der City-Service vormittags (ab 08.00 Uhr) im Einsatz.

Trotzdem darf dabei aber nicht unberücksichtigt bleiben, dass auch durch die Umsetzung der oben beschriebenen intensiveren Reinigungsaktivitäten nicht ausgeschlossen werden kann, dass kurze Zeit nach dem Reinigungsgang wieder Müll anfällt, der dann natürlich von Bürgern und Bürgerinnen ebenso wie von Gästen als störend empfunden werden kann. Dieses Problem kann nicht vollständig ausgeschlossen werden. Darüber hinaus wird der Grad an Sauberkeit in der Bevölkerung sehr unterschiedlich und subjektiv wahrgenommen.

Neben diesen Aspekten wird aber auch in Zukunft weiter daran gearbeitet, den Sauberkeitsgrad in Marburg noch weiter zu steigern.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) und Heck (CDU) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 10 8/2008) Vorlage: VO/0531/2008

Nach meiner Information haben Stadtführer bei einer Bürgerversammlung den Magistrat eingeladen, bei einer Stadtführung die Unsauberkeit in der Stadt selbst in Augenschein zu nehmen.

Ist der Magistrat nicht auch der Meinung, dass es die viel beschworene Bürgernähe geböte, eine solche Einladung anzunehmen statt sie auszuschlagen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Grundsätzlich gilt. Wenn der Magistrat eingeladen wird erhält der Einladende immer eine Antwort.

In Ihrer Anfrage wird der Eindruck vermittelt: Es ist eine Einladung an den Magistrat ergangen und der hat sie ausgeschlagen.

Das ist eine Unterstellung. Denn es ist nie eine Einladung von Stadtführerinnen/Stadtführern an den Magistrat ausgesprochen worden.

Ich habe erfahren, dass die Fragestellerin selbst nicht weiß, bei welcher

Bürgerversammlung Stadtführer geäußert haben sollen, dass sie den Magistrat eingeladen haben bei einer Stadtführung die Unsauberkeit in der Stadt selbst in Augenschein zu nehmen. Ich frage mich deshalb: Was ist der Hintergrund für diese Kleine Anfrage?

Zweifelsohne gibt es Stellen in der Stadt, die nicht sauber sind. Gehen beim Magistrat diesbezügliche Hinweise ein, reagieren wir umgehend. Der Magistrat reagiert aber nicht nur, er war und ist auch „vorsorgend“ tätig. Beispiel: Flotte Feger.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) und Hussein (SPD) werden durch den Oberbürgermeister, den Bürgermeister und Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

Um 18:05 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

**zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 11 8/2008)
Vorlage: VO/0530/2008**

Auswärtige Besucher am Marktplatz fragen, ob es in Marburg keine Geranien gibt. Tatsächlich, warum ist es am Rathaus so kahl, gibt es dort keinen Blumenschmuck?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Vorderseite der Rathausnebengebäude zum Marktplatz hin ist mit 30 Balkonkästen ausgestattet, bepflanzt mit verschiedenartigen Geranien und anderen Sommerblumen.

Auch der Marktplatzbrunnen ist jedes Jahr mit verschiedenen Sommerblumen bepflanzt.

Am Rathaus selbst wird - abgesehen von besonderen Veranstaltungen, wie z. B. „Marburger Frühling“, traditionell kein Blumenschmuck angebracht.

**zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 12 8/2008)
Vorlage: VO/0584/2008**

Zurzeit hat das Zollamt Marburg einen "Amtsplatz" in Form eines etwa 50 m langen Parkstreifens vor dem Zollamt. Dieser Platz wird zur Prüfung der LKW benötigt.

Im Zuge der Baumaßnahmen Bahnhofsvorplatz wird dieser Stellplatz entfallen.

Sind Ersatzlösungen vorgesehen und wenn ja welche?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Als Ersatz für den Wegfall des derzeitigen "Amtsplatzes" entlag der Ernst-Giller-

Straße werden nach der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes entsprechende Flächen unterhalb der Hochbrücke zwischen Ernst-Giller-Straße und Abfahrt von der B3 vorgehalten.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.13 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 13 8/2008)**
Vorlage: VO/0532/2008

**Ist dem Magistrat bekannt, dass die Beschallungsanlage im Georg-Gaßmann-Stadion störungsanfällig ist.
Was beabsichtigt der Magistrat dagegen zu tun?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Magistrat ist bekannt, dass die Lautsprecheranlage störungsanfällig geworden ist. Die Erneuerung der Anlage ist zum Haushalt 2009 angemeldet worden.

zu 4.14 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 14 8/2008)**
Vorlage: VO/0543/2008

Welche Entwicklung nimmt der Spitzen- und Breitensport im Georg-Gaßmann-Stadion ein und wie wird seine weitere Entwicklung eingeschätzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der organisierte Sport ist immer auch ein Spiegelbild seiner Zeit und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Parallel zur individuellen Bedeutung des Sports für den Einzelnen hat die soziale und politische Relevanz des Vereinssports zugenommen. Fragen von Prävention und Gesundheit, Folgen des demographischen Wandels und Herausforderungen der Integration und des Umweltschutzes, um nur einige Beispiele zu nennen, sind verstärkt von Bedeutung für die zukunftsorientierte Ausrichtung des Sports, seiner Vereine und seiner ehrenamtlichen Führungsstrukturen.

Die Veränderungen der Sportnachfrage, die Differenzierung in den Zielgruppen und das wachsende Konkurrenzverhalten für den Vereinssport tun ein Übriges. Dabei geraten zunehmend der Ressourcen des Vereinssports und der notwendigen Sporträume in den Fokus der Aufmerksamkeit.

Im Bereich Breitensport/Sportentwicklung werden vom Fachdienst 42 /Sport Dienstleistungs- und Beratungsaufgaben wahrgenommen, um die Rahmenbedingungen des Sports und der Sportvereine in den Handlungsfeldern des Breitensports und der Sportentwicklung zu verbessern. Dabei geht es nicht zuletzt um die nachhaltige Sicherung eines Netzwerkes, das angesichts anhaltender gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und Umwälzungen an sozialer Bedeutung noch gewinnen wird.

Unsere Gesellschaft beansprucht heute die Lebensgrundlagen Natur und Umwelt übermäßig. Auch Sportaktivitäten und die Sportinfrastruktur tragen dazu bei. Daneben stehen aber der gesundheitliche Wert und die Attraktivität des Sports. Schon von daher hat der Sport ein ureigenes Interesse daran, die rationelle Verwendung von Energie, Fläche, Trinkwasser und anderen Ressourcen zu beachten. Der Ausbau bestehender Anlagen und die Umwidmung nicht mehr genutzter Gebäude und Flächen sollen Vorrang vor Neubauten haben.

Der demographische Wandel hat den Sport bereits erreicht und wird ihn weiterhin in vielfältiger, verstärkt innovativer Weise in Bewegung gehalten. Klar ist: In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens werden Nachwuchsmangel und gesellschaftliche Alterung unübersehbare Spuren hinterlassen, so zweifelsfrei auch in unseren Vereinen. Dennoch bieten die sich ändernden Rahmenbedingungen gerade dem organisierten Sport keineswegs nur Risiken und Nachteile, sondern vor allem auch Chancen und Entwicklungspotenziale, und zwar auf breiter Ebene.

Unsere Vereine sind daher aufgerufen, sich mit den Herausforderungen der Zukunft intensiver denn je auseinander zu setzen und mutig neue Wege zu gehen. Je früher das Wissen über Auswirkungen und Facetten des demographischen Wandels fester Bestandteil des aktiven Planens wird, desto leichter fällt die Beeinflussung des Geschehens. Agieren, nicht Reagieren ist gefragt.

Vor diesem Hintergrund wollen wir vom FD 42/ Sport die Weichenstellung für die Zukunft in unserer Stadt durch die Erarbeitung eines Sportstätten-Leitplanes unterstützen.

Das Mega-Thema „Gesundheit“ dürfte Deutschland in den kommenden Jahren sprichwörtlich in Bewegung bringen. Die positiven Auswirkungen regelmäßiger sportlicher Betätigung auf Körper und Seele sind hinlänglich bekannt. Im Zuge des demographischen Wandels zeichnet sich jedoch ab, dass auf Bewegung und Aktivität bezogene Lebensentwürfe nochmals deutlich an Relevanz gewinnen werden und dem Sport damit eine bislang nicht da gewesene gesellschaftliche Gewichtung zuteil wird, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern vor allem auch für mittlere und fortgeschrittene Altersgruppen.

Als Eliteschule des Sports bezeichnet man im Sport wie im schulischen Bereich gemeinhin besonders funktionstüchtige Verbundsysteme von Schule, Internat und Verein bzw. Verband.

„Weltmeister werden und die Schule schaffen“ ist eine treffende Beschreibung dessen, was das Ziel dieser Einrichtung für sportlich talentierte Nachwuchstalente ist - die Koordination schulischer Bildung und sportlicher Ausbildung, ohne einen der beiden Bereiche auf Kosten des anderen zu vernachlässigen.

An derzeit 39 Standorten in Deutschland haben Nachwuchsathleten die Möglichkeit, besonders optimierte Rahmenbedingungen für eine „duale Karriere“ (Schule plus Sport) in Anspruch zu nehmen. Marburg ist zwar nicht dabei, aber mit dem Mädchen Basketball-Leistungszentrum, dem DFB Stützpunkt für die Jugendfußballer und der U 12 Mädchen-Fußballschule des Hessischen Fußballverbandes sind diesbezüglich Zeichen gesetzt, die es kontinuierlich auszubauen gilt.

Die aktive Teilnahme am Sport gehört für Kinder und Jugendliche - mehr denn je

- zu den wichtigsten Stützen des Heranwachsens. Im Training und Wettkampf werden nicht nur motorische Fähigkeiten geschult und angewandt. Gleichzeitig nimmt die spielerische Vermittlung von Teamgeist, Durchsetzungswillen und Toleranz in anerkannt hohem Maße Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung. Dinge also, die nicht nur auf individueller, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene von unschätzbarem Wert sind. Und dennoch sehen sich unsere Vereine gerade auch im Nachwuchsbereich mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die konzeptionelle Lösungen auf breiter Ebene erfordern.

In Marburg haben wir mit dem Projekt „SportVerein und Schule“ schon im Jahre 2003 reagiert und bieten ergänzend zum schulischen Sportangebot durch lizenzierte Vereinsübungsleiter/-innen Sport AG´s an den Schulen an, um die Vorzüge des Vereinssports zu vermitteln.

Schon heute prägen Kinder immer seltener das Bild der Straßen, aus vielerlei Gründen. Die Lehrpläne werden straffer, Zeit- und Notendruck steigen. Den (multi-) medialen Verlockungen sind kaum noch Grenzen gesetzt. Hinzu kommt, dass auch das Kindsein als solches offenbar immer mehr an Bedeutung verliert bzw. elterlichem Pragmatismus zu weichen scheint. Kurz gesagt: Das gesellschaftliche Verhältnis zum Thema Kind ist in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ungleich schwieriger, komplizierter geworden.

Die kontinuierliche Sanierung und die intensiven Pflegemaßnahmen an den Sportstätten in der Stadt und den Stadtteilen sind deshalb unverzichtbare Voraussetzungen, um einerseits den Anforderungen unserer sporttreibenden Bevölkerung gerecht zu werden und um andererseits ein adäquates Angebot zu machen. Dabei kommt der zentralen Sportstätte, dem Georg-Gaßmann-Stadion, besondere Bedeutung zu.

Das Stadion steht für die Inanspruchnahme durch den Breitensport in all seinen Facetten, den Schulsport und den Spitzensport zur Verfügung. Hier kann man das Sportabzeichen ablegen, hier testet Deutschlands Zehnkampf-Elite, hier trifft sich die örtliche Lauf- und Leichtathletikszene, hier sind Nordic Walker auf der Strecke, hier spielen Frauen und Männer Fußball, Hockey- und Beach-Volleyball. Hier bereiten sich Fußball-Profimannschaften auf die Saison vor, hier arbeiten die Mädchen des Basketball-Leistungszentrums an ihrer Zukunft, hier finden Länderspiele/Ländervergleiche, Deutsche und Internationale Meisterschaften statt.

Hier sind die sportlichen Vorbilder ebenso zu Hause, wie diejenigen jungen Menschen, die diese mit großen Augen bestaunen. Hier findet der Breitensport und Leistungssport sozusagen auf Augenhöhe statt und durch die zur Verfügung stehenden, hochwertigen Sportstätten ist die Nachfrage nach deren Inanspruchnahme ausgesprochen groß. Die Richtigkeit der vor einigen Jahren eingeleiteten und weiter fortzuführenden Modernisierungsmaßnahmen werden durch die intensive Nutzung im höchsten Maße bestätigt.

Der Sport ist und bleibt ein Kulturphänomen unserer Zeit. Er prägt unser Leben durch eine Vielfalt an Erscheinungsformen. Ein herausragender Stellenwert ist zweifelsohne dem Leistungssport beizumessen, der viele Menschen weltweit in seinen Bahn zieht, so auch in Marburg. Die Begeisterung für leistungssportliche Wettkämpfe im lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Bereich spricht für sich.

Die Bewunderung sportlicher Leistungen und das Streben nach Höchstleistungen, verbunden mit dem Ausloten persönlicher Leistungsgrenzen,

sind aber nicht neu. Sie ziehen sich wie ein roter Faden durch die Kulturgeschichte und können bis zu unseren kulturellen Wurzeln zurückverfolgt werden.

Fazit:

Breitensport und Spitzensport sind in Marburg die zwei Seiten ein und derselben Medaille; sie gehören zusammen. Und das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir freuen uns deshalb bei dieser Gelegenheit mitteilen zu können, dass im kommenden Jahr der Ländervergleich der Zehnkampf-Elite zwischen Deutschland und den USA in Marburg stattfinden wird. Damit bieten wir in Marburg der heimischen und überregionalen Leichtathletik Familie einen Leckerbissen der allerfeinsten Sorte.

**zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 15 8/2008)
Vorlage: VO/0585/2008**

Bis dato sind am AquaMar keine Sonnensegel mit Solarzellen zu sehen. Warum ist der gefasste Stadtparlamentsbeschluss noch nicht umgesetzt worden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Im Zuge der Sanierung des Planschbeckens am AquaMar wurde durch den FD 65 und einen Investor die Installation von Photovoltaik-Sonnensegel, die gleichzeitig als Verschattung des Planschbeckens dienen sollten, geprüft. Durch Simulation verschiedener Standorte der Solarsegel hat sich ergeben, dass nur eine geringe Verschattung des Planschbeckens erreichbar ist. Daraufhin wurde auf die Errichtung von Solarsegeln am Planschbecken verzichtet.

Weiterhin wurde durch den FD 65 in Verbindung mit der GeWoBau die Errichtung von Solarsegeln auf dem übrigen Freigelände untersucht.

Der GeWoBau liegen hierzu zwei Angebote zur Errichtung von Photovoltaik-Solarsegeln vor, die zurzeit auf Wirtschaftlichkeit geprüft werden.

Sollte sich die Errichtung der Anlagen wirtschaftlich darstellen, muss mit der Bäderverwaltung, geprüft werden, ob die Segel an geeigneter Stelle aufgestellt werden können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Röder (CDU) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 16 8/2008)
Vorlage: VO/0545/2008**

Wie in der Neuen Marburger Zeitung vom 28.07.2008 zu lesen war, sind für die Zukunft nur noch LES-Straßenleuchten aus Gründen des Umweltschutzes und der Wirtschaftlichkeit einsetzbar. Wo sind bis jetzt LED-Straßenleuchten, wie bereits von der CDU beantragt, aufgestellt worden? Hier meine ich nicht den Spielzeugkram am Schülerpark und am Trojedamm.

Es antwortet der Bürgermeister:

Im benannten Artikel wird die Zukunftsfähigkeit der LED-Lampe beschrieben, aber auch deutlich gemacht, dass „noch einiges zu tun bleibt“, bis die alten Lampen ausgemustert werden.

D. h., die LED-Technik für Anwendung in der Straßenbeleuchtung ist noch nicht marktreif. Die bekannten Lieferfirmen von Straßenlampen können zur Zeit noch keine professionellen Leuchten wirtschaftlich anbieten.

Ein Umrüsten der bestehenden Straßenbeleuchtung auf LED-Technik ist deshalb bei den im Moment auf dem Markt befindlichen LED-Leuchtmitteln ohne erhebliche Einschränkung der Ausleuchtung sowie standardisiert nicht möglich.

Ein Pilotprojekt der Stadt Düsseldorf „Einsatz LED-Technik in der Straßenbeleuchtung“ wird jedoch von den Stadtwerken Marburg entsprechend verfolgt und ausgewertet. Dort soll die deutschlandweit erste Installation einer LED-Straßenbeleuchtung umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine umgerüstete Altanlage, sondern um eine Neuinstallation.

Die Stadtwerke Marburg werden unverzüglich die Erkenntnisse aus der Forschung und Praxis auch in Marburg nutzen und zur gegebenen Zeit der Stadt entsprechende Vorschläge zum Einsatz effizienter Beleuchtungstechnik machen.

Eine Solarbeleuchtungsanlage mit LED-Technik haben auch die Stadtwerke Marburg, im Auftrag der Stadt, im Schülerpark und am Düker Weg errichtet. Außerdem wurden LED-Solarleuchten zwischen Haddamshausen und Cyriaxweimar errichtet. Damit dürfte Marburg mit insgesamt 30 LED-Leuchten in der Erprobung von LED-Leuchten bundesweit führend sein.

Bei diesen Geweige-Leuchten sind aber andere Anforderungen an die Technik wie bei einer Straßenleuchte erforderlich.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.17 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 17 8/2008)**
Vorlage: VO/0586/2008

Um 23 Uhr sollen Kneipengäste in Marburg die Fußgängerzone räumen und - mit Rücksicht auf ruhebedürftige Anwohner - ihr Zusammensein im geschlossenen Raum der betreffenden Kneipe fortsetzen. Welche Lösung ist vorgesehen, wenn ein Teilnehmer der Runde aufgrund seines Angewiesenseins auf einen sperrigen elektrischen Rollstuhl jenen Raum nicht erreichen kann?

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Stellungnahme:

Bei den historischen Gebäuden der Marburger Altstadt und anderen älteren Gebäuden liegt es in der Eigenverantwortung der Gastwirte, ob sie ihren Gästen einen barrierefreien Zugang zu den Gasträumen zur Verfügung stellen.

Bei Neu- bzw. Umbauten von Gaststätten achten die Gastwirte bzw. die Bauherren in eigenem Interesse in Übereinstimmung mit der Stadt darauf, dass barrierefreie Zugänge geschaffen werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

**zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 18 8/2008)
Vorlage: VO/0587/2008**

Der Magistrat wird gebeten mitzuteilen, welche Maßnahmen er unternommen hat, um Stadtpassinhaber über die Möglichkeit der Gewährung eines Zuschusses für Schulmaterialien zu informieren.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung am 20.06.2008 beschlossen hat, dass zum Schuljahresbeginn alle Kinder, die in die 1., 5. oder 7. Klasse kommen und stadtpassberechtigt sind, Gutscheine im Wert von 150,00 € zum Kauf von Schulmaterialien erhalten sollen (s. OP-Artikel vom 23.06.2008), wurde seitens des Fachbereiches Arbeit, Soziales und Wohnen sofort begonnen, die Umsetzung zu planen.

Neben der persönlichen Information von stadtpassberechtigten Menschen, die sich aufgrund des OP-Artikels beim Fachdienst Soziale Leistungen meldeten bzw. die z.B. ihren Stadtpass verlängern wollten, fand am 10.07.2008 eine Pressekonferenz statt, bei der die konkreteren Umsetzungsmodalitäten vorgestellt wurden. Entsprechende Artikel wurden u.a. über die Oberhessische Presse, die Marburger Neue Zeitung, das Sonntag-Morgenmagazin, die Mittelhessische Anzeigen Zeitung und den Giessener Anzeiger publiziert. Außerdem berichteten der Hessische Rundfunk und die Hessenschau über diese Aktion.

Die hiesigen Gemeinwesenträger, das KreisJobCenter, verschiedene Beratungsstellen wie z.B. der Deutsche Kinderschutzbund, der Sozialdienst Katholischer Frauen, der Verein Frauen helfen Frauen e.V. wurden ebenso per E-mail informiert wie die Marburger Tafel, das Diakonische Werk Oberhessen sowie diverse verwaltungsinterne Fachdienste (z.B. Stadtbüro, Gleichberechtigungsreferat für Mann und Frau, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie etc.).

Der Fachdienst Schule übernahm dankenswerter Weise die Informationsweitergabe an alle Schulen in der Stadt Marburg, mit der Bitte, ein Informationsblatt (incl. Stadtpassantrag) an die Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern/Erziehungsberechtigte weiter zu geben.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) und Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch die Dezernentin beantwortet.

**zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 19 8/2008)
Vorlage: VO/0588/2008**

Der Magistrat wird gebeten mitzuteilen, auf welche Weise Schülerinnen und Schüler ihre Berechtigung nachweisen müssen, um ein bezuschusstes Mittagessen für 1,- Euro in der Schule zu erhalten.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Schülerinnen und Schüler, die regelmäßig zum Mittagessen und an einem Abo-Verfahren teilnehmen, weisen die Berechtigung durch die Vorlage des Stadtpasses bei der Abrechnungsstelle (in der Regel der Fachdienst Schule bzw. das Schulsekretariat) nach.

Bei dem freien Verkauf in der Cafeteria müssen die Berechtigten den Stadtpass vorlegen. In diesem Zusammenhang wird auf die ergänzende Begründung aus der Vorlage vom 11. März 2008 an den Magistrat und den Schul- und Kulturausschuss verwiesen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen) und Severin (SPD) werden ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

**zu 4.20 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr. 20 8/2008)
Vorlage: VO/0589/2008**

Wann gedenkt der Magistrat den von der Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2007 einstimmig gefassten Beschluss, die Kostennutzungsuntersuchung des Bundesverkehrsministeriums zum Bau einer Bundesfernstraße zwischen Krombach und dem Hattenbacher Dreieck, sowie die Machbarkeitsstudie, vorzulegen? (VO/1814/2007)

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung den o. a. Beschluss gefasst hatte, wurde bekannt, dass die sog. Südvariante, die auch über Marburger Gebiete geführt hätte, von Seiten des Bundes und der beteiligten Länder nicht weiterverfolgt werde. Der Magistrat hatte sich daraufhin über den Stadtverordnetenvorsteher an den Ältestenrat gewandt. Dieser hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2007 die Sachlage erörtert und festgestellt, dass die gefassten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Machbarkeitsstudie als erledigt angesehen werden können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Oppermann (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.21 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 21 8/2008)
Vorlage: VO/0590/2008**

Was gedenkt der Magistrat mit dem Lichtkunstprojekt 771207 zu tun, nachdem laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung die Frist zum Verbleib des Kunstwerkes am Kaiser-Wilhelm-Turm am 31.12.2008 abläuft?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Magistrat hat Verhandlungen mit der Künstlerin Helmi Ohlhagen aufgenommen, die Nutzungsrechte für ein weiteres Jahr zu erwerben. Die Resonanz bei den Anrufern (09005/771207) ist zwar gegenüber dem Vorjahr gesunken und bewegt sich je nach Jahreszeit zwischen knapp 1.000 Minuten und 400 Minuten pro Monat. Hinzu kommen aber die „Nachtwächter“, d.h. die Einschaltungen des Lichtkunstherzens während der ganzen Nacht vor allem für dreistellige Geburtstage (100, 101, 102 ... Jahre). Diese 1-3 „Nachtwächter“ im Monat erfreuen sich bei den Jubilaren und ihren Familien großer Beliebtheit. Außerdem gab es im Jahr 2008 bereits über 60.000 Zugriffe auf die Webcam 771207 im Internet, die das Herz zeigt. Zudem haben sich der Verein Mobilo e.V., Betreiber des Turm-Cafés, sowie die Museumsdirektorin, Frau Dr. Agnes Tiede, deutlich für den Verbleib des Lichtkunstwerkes ausgesprochen.

Die Kosten für die einjährige Verlängerung belaufen sich auf ca. 1.500 € für technische Kosten (Telefon und Wartung) sowie die Kosten für die Nutzungsrechte für 2009. Die Erlöse aus den Telefonanrufen, die im kleineren dreistelligen Bereich liegen, kommen dem Verein Mobilo e.V. zu. Dieser übernimmt dafür die Ein- und Ausschaltaktivitäten bei den „Nachtwächtern“.

Insgesamt funktioniert das Lichtkunstwerk „Siebensiebenzwölfnullsieben“ nach wie vor als ein originelles Wahrzeichen für die Stadt, das an die besondere Rolle der Heiligen Elisabeth erinnert. Deshalb soll es für ein weiteres Jahr erhalten bleiben.

zu 4.22 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 22 8/2008)**
Vorlage: VO/0591/2008

Was gedenkt die Stadt Marburg mit dem historischen, wunderschönen Brückengeländer zwischen Bunsenstraße und Robert-Koch-Straße (Schwarzes Wasser), das dringend einer Sanierung bedarf, zu tun?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das historische Geländer der Bunsenbrücke wurde zuletzt im Jahr 2006 teilweise repariert. Die Komplettsanierung des Geländers soll im Rahmen der anstehenden Sanierung der Bunsenbrücke erfolgen. Der genaue Zeitpunkt für die Sanierung der Bunsenbrücke steht z. Z. noch nicht fest, da noch wesentliche Einflüsse aus der alufenden Nordstadtplanung (Campus) auf die Art und den Umfang der Sanierung bzw. den Umbau der Brücke zu erwarten sind. Bis dahin werden nur Reparaturmaßnahmen am Geländer oder der Brücke durchgeführt, die zum Erhalt der Verkehrssicherheit zwingend erforderlich sind.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Oppermann (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.23 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 23 8/2008)**
Vorlage: VO/0592/2008

An welchen Marburger Schulen werden Russischkurse angeboten bzw. an welchen Marburger Schulen haben Kinder, die in der Familie russisch sprechen, die Möglichkeit, diese Sprache auch lesen und schreiben zu lernen und der russischen Literatur zu begegnen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Nach Auskunft des Staatlichen Schulamtes findet Russischunterricht an drei Marburger Schulen statt:

- An der Elisabethschule für die eigenen Schülerinnen und Schüler als Wahl (pflicht)unterricht in den Jahrgangsstufen 9 + 10,
- an der Martin-Luther-Schule als 3. Fremdsprache bis zum Abitur für alle Schüler/innen,
- an der Friedrich-Ebert-Schule als muttersprachlicher Unterricht.

**zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 24 8/2008)
Vorlage: VO/0593/2008**

Entspricht es dem Selbstverständnis des ehrenamtlichen Magistrats, dass seine Mitglieder persönliche Stellungnahmen an die Presse geben zu Sachverhalten, die allein die StVV betreffen (Bezug: Äußerungen des Stadtrats Roland Stürmer zum „Marburger Fahnenstreit“)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es entspricht dem Selbstverständnis aller Mitglieder des Magistrates, von ihrem grundsätzlich verbrieften Recht auf freie Meinungsäußerung auch Gebrauch zu machen. Dieses Recht findet dort seine Schranken, so spezielle Regelungen beispielsweise in der Hessischen Gemeindeordnung vorsehen, dass Erklärungen zu Beschlüssen des Magistrates dem Oberbürgermeister oder den zuständigen Dezernenten vorbehalten sind. Dies trifft hier nicht zu. Zu allen anderen Angelegenheiten, zu denen auch die der Stadtverordnetenversammlung zählen, ist es den Mitgliedern des Magistrates unbenommen, ihre persönliche Meinung zu äußern. Inwieweit sie dies für opportun halten im Hinblick auf ihr Magistratsmandat, ist ihrer eigenen Einschätzung vorbehalten. Einen entsprechenden Verhaltenskodex des Magistrats gibt es jedenfalls nicht und ist auch nicht erforderlich, da nach meiner Wahrnehmung alle Magistratsmitglieder in der öffentlichen Meinungsäußerung verantwortlich mit den Anforderungen an ihr Mandat umgehen.

**zu 4.25 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Torsten Sawalies (Nr. 25 8/2008)
Vorlage: VO/0594/2008**

Wann gedenkt die Stadt Marburg im Zuge der Entwicklung zur Ganztagschule, Einzelarbeitsplätze (Internetzugang!) für Lehrer und Lehrerinnen in den Marburger Schulen einzurichten, auch eingedenk der Tatsache, dass häusliche Arbeitszimmer steuerlich nicht mehr absetzbar

sind?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Magistrat denkt nicht darüber nach, Lehrkräften Einzelarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, da dies ob der besonderen Arbeitsorganisation nicht notwendig erscheint und eine solche, durchaus schon artikuliert Forderung, der inneren Schulverwaltung zuzuordnen wäre und somit in die Zuständigkeit des Landes Hessen als Dienstherr bzw. Arbeitgeber von Lehrkräften fällt.

Grundsätzlich wird jedoch angesichts der Ganztagschulentwicklung in Zukunft ein gewisser Bedarf an Arbeitsmöglichkeiten für Lehrer/innen an Schulen gesehen.

Wenn es zu Erweiterungs- oder Sanierungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich der Schulen und damit auch in dem Bereich der Lehrerzimmer kommt, werden in der Regel in den Lehrerzimmern, Konferenzräumen oder auch Bibliotheken einzelne PC-Arbeitsplätze für Lehrerinnen und Lehrer eingerichtet, so z. B. geschehen an der Elisabethschule und geplant für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen am Gymnasium Philippinum und der Emil-von-Behring-Schule.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass bereits heute Schulleitungen und Stellvertreter/innen sowie an größeren Schulen auch weitere Funktionsstelleninhaber/innen fest eingerichtete und komplett ausgestattete Arbeitsplätze haben.

Übereinstimmung besteht bei den kommunalen Spitzenverbänden, inzwischen auch bestätigt durch entsprechende Urteile von Verwaltungsgerichten, dass der Wegfall der steuerlichen Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers nicht zu einem Anspruch auf Ausstattung eines Einzelarbeitsplatzes gegenüber dem Dienstherrn oder Schulträger führt.

**zu 4.26 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 26 8/2008)
Vorlage: VO/0596/2008**

In welcher Höhe belaufen sich die von der Universitätsstadt Marburg vorfinanzierten Landeszuweisungen für die Ausstattung und Unterbringung der Marburger Feuerwehren?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Für Baumaßnahmen und Fahrzeugbeschaffungsmaßnahmen zur Unterbringung und Ausstattung der Marburger Feuerwehren wurden die Landesfördermittel (in der Regel 30 % der Investitionskosten) seit dem Jahr 2000 überwiegend erst in den Folgejahren durch das Land Hessen ausgezahlt. Zur Umsetzung der Maßnahmen mussten diese Investitionsanteile somit für folgende Projekte von der Stadt Marburg vorfinanziert werden.

Fahrzeugbeschaffungsmaßnahmen

Fahrzeuge	Anschaffungsjahr	Zuwendungsjahr	Zuwendungssumme in Euro
-----------	------------------	----------------	-------------------------

			(vorfinanzierter Anteil)
Tanklöschfahrzeug TLF 24/50 Marburg - Mitte	2002	2003 2004	51.150 64.934
Kommando-wagen	2000	2004	10.226
Abrollbehälter Atemschutz/ Strahlenschutz Marburg - Mitte	2002	2007	24.850
Abrollbehälter Schlauch Marburg - Mitte	2004	2008	35.000
Zwischensumme für Fahrzeuge:			186.160
Baumaßnahmen			
Baumaßnahmen	Errichtungs- jahr	Zuwendungs- jahr	Zuwendungssu- mme in Euro (vorfinanzierter Anteil)
Erweiterung Hauptfeuer- wache	2002	2006 2008	109.927,75 110.440
Erweiterung Feuerwehrhaus Ockershausen	2000	2007 2008 2009	24.030 24.030 24.030
Erweiterung Feuerwehrhaus Ketzertbach	2004	2008	41.000
Erweiterung Feuerwehrhaus Haddamshausen	2008	2009	20.000
Zwischensumme für Baumaßnahmen:			353.457,75

Insgesamt wurde somit ein Betrag von **539.617,75 Euro** durch die Stadt Marburg vorfinanziert.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Fragen werden Nr. 27 und 28 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 5

1. Nachtragshaushaltsplan 2008, Beratung und Beschlussfassung (Tischvorlage)

TOP 14.36 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gewerbesteuersatz

Beide Vorlagen werden zusammen aufgerufen und gemeinsam beraten.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Ausschuss verständigte sich einvernehmlich darauf, dass der I. Nachtragshaushaltsplan 2008 im Ausschuss wie folgt beraten wird:

1. Fragen bezüglich des vorliegenden Entwurfes des I. Nachtragshaushaltsplanes 2008 an den Magistrat
2. Vorstellung der jeweiligen Änderungsanträge der Fraktionen mit der

Möglichkeit, Fragen zu stellen

3. Abstimmung über die Fraktionsanträge
4. Abstimmung über den gesamten I. Nachtragshaushaltsplan 2008

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann stellte für seine Fraktion mündlich folgende Änderungsanträge zum I. Nachtragshaushaltsplan 2008:

- Hst. 6150/9880 „Zuschüsse für historische Objekte u. a.“
Streichung von 10.000 € für Zuschüsse nach der Solarsatzung
- Hst. 6300/969930 „Erneuerung Ortenbergsteg“
Streichung von 55.000 € für die Photovoltaikanlage
- Hst. 6600/9620 „Erneuerung Universitätsstraße“
Streichung der Mittel für das Lichtkonzept
- Hst. 6700/9620 „Beleuchtungskonzept alte Universität, Marburg-Mitte“
Streichung des Ansatzes von 235.000 €

Der Ausschuss war sich darin einig, dass diese Änderungsanträge durch die Fraktion der Marburger Bürgerliste am Freitag schriftlich dem Parlament vorgelegt und dann entsprechend abgestimmt werden sollen.

Nach Erörterung des Entwurfs des I. Nachtragshaushaltes 2008 sowie der Änderungsanträge der Fraktionen wurde wie folgt abgestimmt:

1. Änderungsanträge der FDP-Fraktion

Die Stadtverordnete Schwebel beantragte die Einzelabstimmung der drei Anträge. Diese wurden jeweils mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von FDP, CDU und Marburger Linke zur Ablehnung empfohlen.

Die Einzelabstimmungen sollen auch in der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt werden.

2. Änderungsanträge der Fraktion der Marburger Linke

Diese wurden en bloc abgestimmt und mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimme der Marburger Linke bei Stimmenthaltung der FDP zur Ablehnung empfohlen.

3. Anträge der CDU-Fraktion

Der Stadtverordnete Stompfe beantragte die Einzelabstimmung zu folgenden Haushaltsstellen in der Stadtverordnetenversammlung:

2000/5292 100 € für alle Schüler 1. Kl. und Schulformwechsel
+ 300.000 €

6000/6700 Förderprogramm Wärmeschutz Altbau
+ 50.000 €

7500/1000 Erhöhung Friedhofsgebühren rückgängig
- 30.000 €

9000/0010 Absenkung Grundsteuer B auf 300 Punkte
- 270.000 €

1300/9351 Drehleiter m. Korb Feuerwehr
+ 550.000 €

2110/9400 Halle Otto-Ubbelohde-Schule
+ 25.000 € (VE 1.500T€)

4640/9410 Erweiterung Uni-KiTa/Krippenausbau
+ 100.000 €

6300/9699 Endausbau Blütenstr.
+ 200.000 €

8000/9301 Zuführung Kapitalrücklage Stiftung St. Jakob
+ 2.000.000 €

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Grünen und Marburger Linke gegen die Stimmen von FDP und CDU, die zur Einzelabstimmung beantragten Anträge abzulehnen.

Die übrigen Anträge der CDU-Fraktion wurden mit den Stimmen von SPD, Grünen und Marburger Linke gegen die Stimmen von CDU bei Stimmenthaltung der FDP zur Ablehnung empfohlen.

4. Änderungsanträge der SPD-/Grünen-Fraktion

Die Stadtverordnete Schwebel beantragte für die Hst. 4640/1100 „Beiträge für Kindergärten etc“ und 9000/0030 „Gewerbsteuer“ die Einzelabstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Ansatz bei der Hst. 4640/1100 „Beiträge für Kindergärten etc“ (Verzicht auf Gebührenerhöhung - 20.000 €) anzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP gegen die Stimme der Marburger Linke, den Gewerbesteuersatz von 400 %-Punkten auf 370 %-Punkte zu senken.

Im Übrigen empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Marburger Linke, die verbleibenden Anträge anzunehmen.

Zur Gesamtvorlage empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Marburger Linke, dem so geänderten I. Nachtragshaushaltsplan 2008 zuzustimmen.

Zum TOP 14.36 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gewerbesteuersatz

Dieser Antrag wurde mit der Beschlussfassung zum Nachtragshaushalt 2008 bereits abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Im Rahmen der Beratungen sprechen die Stadtverordneten Becker (SPD), Stompfe (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Metz (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Dr. Uchtmann (MBL), Weidemann (SPD), Dr. Röder (CDU), Becker (SPD), Pfalz (CDU), Becker (SPD) und Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Debatte hat von 19:14 Uhr bis 19:53 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach Beendigung der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den Tagesordnungspunkt 14.36 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gewerbesteuersatz abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag TOP 14.36 wird abgelehnt.

Es folgen die Einzelabstimmungen zu den jeweiligen Fraktionsanträgen zum Nachtragshaushalt 2008.

1. Anträge der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Verwaltungshaushalt 2008 SPD / Bündnis 90/Die Grünen

Haushaltsstelle 4640/1100 Beiträge für Kindergärten etc. - 20.000 €
Verzicht auf

Gebührenerhöhung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

HHSt. 9000/0030 Gewerbesteuer - 4.500.000 €
Umrechnung
auf 370 %

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmung über alle sonstigen Anträge der SPD / Bündnis 90/Die Grünen zum Nachtragshaushalt 2008

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Den sonstigen Anträgen zum Nachtragshaushalt 2008 wird zugestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

HHSt. 4640/9410 Erweiterung Uni-KiTa / Kirppenausbau + 100.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

HHSt. 6300/9699 Endausbau Blütenstr. + 200.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

HHSt. 8000/9301 Zuführung Kapitalrücklage Stiftung St. Jakob+ 2.000.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über alle sonstigen Anträge der CDU-Fraktion zum Nachtragshaushalt 2008:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, sowie bei Enthaltung der FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Anträge werden abgelehnt.

3. Anträge der FDP-Fraktion zum Nachtragshaushalt 2008

HHSt. 4071/4000 SN Personalkosten + 15.269 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

HHSt. 6300/5710 Ersatzvornahmen bei Schäden + 15.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

HHSt. 3310/9871 Zuschuss KFZ + 14.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

4. Anträge der Fraktion Marburger Linke zum Nachtragshaushalt 2008

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Anträge werden abgelehnt.

5. Anträge der MBL-Fraktion zum Nachtragshaushalt 2008

HHSt. 6300/9699 Photovoltaikanlage Ortenbergsteg - 55.000 €

HHSt. 6700/9610 Beleuchtungskonzept Alte Universität - 235.000 €

HHSt. 0240/1650 Kostenbeteiligung an Studier mal Marburg

HHSt. 0240/5700 Städtische Monatsschrift - 67.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der MBL und der CDU-Fraktion, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und bei Enthaltung der Marburger Linken folgenden Beschluss:

Die Anträge der Marburger Bürgerliste werden abgelehnt.

Vor der Abstimmung über die Satzungsvorlage zum Nachtragshaushalt 2008 spricht der Oberbürgermeister noch ein Doppik-Problem an, das bereits in der Sitzung des Ältestenrates am 28. August besprochen wurde. Er spricht zur Rücklagenzuführung und die Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen in 2009. Es geht um ca. 9,75 Mio. € Rücklagen für zurückgehende Schlüsselzuweisungen. Er weist besonders daraufhin, dass in den ersten 5 Jahren nach der Umstellung auf die Doppik Haushaltsführung keine Rücklagen entnommen werden können.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Gesamtvorlage des I. Nachtragshaushaltes 2008 und zwar die Haushaltssatzung gemäß § 98 HGO abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Nein-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

1. aufgrund der §§ 94 ff. HGO die folgende I. Nachtragshaushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2008:

**I. Nachtragshaushaltssatzung
der Universitätsstadt Marburg
für das Haushaltsjahr
2008**

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01. April 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2007 (GVBl. I S. 757), hat die Stadtverordnetenversammlung am _____ folgende I. Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem I. Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um €	vermindert um €	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge gegenüber bisher €	auf nunmehr festgesetzt €
<u>a) im Verwaltungs- haushalt</u>				
die Einnahmen	50.507.800	769.800	165.443.000	215.181.000
die Ausgaben	50.562.355	824.355	165.443.000	215.181.000
<u>b) im Vermögens- haushalt</u>				
die Einnahmen	38.461.465	2.310.465	35.974.000	72.125.000
die Ausgaben	38.698.350	2.547.350	35.974.000	72.125.000

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 825.000 € um 2.720.000 € erhöht und damit auf 3.545.000 € neu festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds (A bis C) i. H. von 3.545.000 € enthalten.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Ausgaben

in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 17.912.000 € um 1.790.000 € erhöht und damit auf 19.702.000 € neu festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 25.000.000 € um 15.000.000 € vermindert und damit auf 10.000.000 € neu festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze werden wie folgt geändert:

Steuerart	erhöht	vermindert	gegenüber	auf nunmehr
	um v. H.	um v. H.	bisher v. H.	v. H.
Gewerbsteuer	-	30	400	370

§ 6

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

Auf die Stellenfreigaben im Vorgriff auf den Stellenplan 2009 wird hingewiesen.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2008 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Dezember 2007 werden nicht geändert.

§ 8

Sperren

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2008 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Dezember 2007 werden nicht geändert.

§ 9

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2008 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Dezember 2007 werden nicht geändert.

2. Die daraus sich ergebenden Veränderungen im Investitionsprogramm und im Finanzplan werden mit dem Haushalt 2009 aktualisiert.

zu 6

Benennung eines Platzes in "Willy-Sage-Platz"
Vorlage: VO/0412/2008

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Besonders darauf hingewiesen wird auch, dass in dem der Vorlage beiliegenden Plan die gesamte Fläche des Platzes hätte schraffiert dargestellt werden müssen. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt dies zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der im Plan gekennzeichnete Platz erhält den Namen Willy-Sage-Platz.

**zu 7 Der Jahresabschluss des Fachdienst Städtische Bäder zum 31.12.2007
Vorlage: VO/0528/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jahresabschluss des Fachdienst (FD) Bäder zum 31.12.2007 wird mit einer Bilanzsumme von 635.885,78 € und einem Jahresverlust von 89.147,32 € festgestellt.

**Das Defizit wird mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20.06.2008 aus dem Haushalt 2008 der Stadt Marburg ausgeglichen.
Der Fachdienstleitung wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.**

**zu 8 Aktualisierung der Fahrpläne für die Universitätsstadt Marburg zum
Fahrplanwechsel am 14.12.2008
Vorlage: VO/0525/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die in der Anlage dargestellten Anpassungen im Linienverkehr zum Fahrplanwechsel am 14.12.2008 werden beschlossen.**
2. **Der Fahrplan 2009 wird gegenüber dem aktuellen Fahrplan in den folgenden Eckpunkten angepasst:**
 - **Verbesserte Anbindung des Stadtteils Richtsberg durch das Programm „Richtsberg Mobil“**
 - **Ausrichtung der Verkehre verstärkt auf die Bedürfnisse der Studierenden, die zwischen den beiden Campus-Standorten Lahnberge und Lahntal pendeln**
 - **Ausrichtung der Verkehre auf die veränderten Anfangszeiten der Lehrveranstaltungen der Philipps-Universität**
 - **Anpassung der Verkehrsleistung auf die Bedürfnisse der**

- Gewerbegebiete Görzhäuser Hof I und II**
 - **Anbindung des Diakonie-Krankenhauses durch ein zusätzliches AST-Angebot**
 - **Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des städtischen ÖPNV.**
3. **Die Verkehre werden - wie bisher - von der Stadtwerke Marburg GmbH bzw. der Marburger Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) auf Grundlage der von der Genehmigungsbehörde erteilten Konzession eigenwirtschaftlich erbracht.**
 4. **Der Verkehrsvertrag über die Erbringung von ÖPNV-Leistungen im Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg bleibt unberührt. Magistrat und Stadtwerke werden ermächtigt, eventuell notwendige Detailänderungen im Verkehrsvertrag und im Leistungsverzeichnis als Anlage zum Verkehrsvertrag gemeinsam vorzunehmen.**

zu 9 **Teilnahme der Universitätsstadt Marburg an der bundesweiten Initiative Orte der Vielfalt**
Vorlage: VO/0481/2008

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg beschließt den Beitritt zur gemeinsamen „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (Anlage).

Der Magistrat wird aufgefordert, sich für die Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“ zu bewerben:

- **Die Universitätsstadt Marburg nimmt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ernst und engagiert sich nachhaltig für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.**
- **Die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft - hier insbesondere die Jugend- und Wohlfahrtsverbände und Sport- und Hilfsorganisationen - arbeiten vor Ort in einem aktiven Bündnis beziehungsweise Netzwerk zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie zusammen.**
- **In der Universitätsstadt Marburg existieren Angebote zur aktiven Beteiligung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.**
- **Es wird ein öffentlicher Diskurs über Vielfalt, Toleranz und Demokratie geführt.**
- **Die „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ soll unterzeichnet werden.**

zu 10 **Marburger Ortsrecht**
hier: Einführung einer Steuer auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Universitätsstadt Marburg

Vorlage: VO/0495/2008

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Stadtverordnete Metz (Marburger Linke) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage zu vertagen.

Der Stadtverordnete Becker (SPD) spricht gegen diesen Geschäftsordnungsantrag.

In der anschließenden Abstimmung lehnt die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Vertagung der Vorlage ab.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die beigefügte Satzung

**zur Erhebung einer Steuer auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Universitätsstadt Marburg
wird beschlossen.**

**zu 11 Neufassung der Satzung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Vorlage: VO/0516/2008**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss vom Magistrat zurückgezogen worden.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 12 Kennnismnahmen

**zu 12.1 Armutsbericht 2008
Vorlage: VO/0207/2008**

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen aufgerufen mit dem TOP 14.34 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen betr. Erhöhung der Regelleistungen für Bezieher von SGB II-Leistungen VO/0510/2008 und TOP 14.38 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufstockung der

SGB II - Regelleistungen VO/0522/2008

Für den Sozialausschuss berichtet zu den Vorlagen die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Zum TOP 12.1:

Der Armutsbericht ist im Sozialausschuss ausführlich diskutiert worden. Die Fraktion Marburger Linke hat die Aussprache angemeldet.

Zum TOP 14.34:

Der Antrag ist im Sozialausschuss wie folgt geändert worden:

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD betr. Erhöhung der Regelleistungen für Bezieherinnen und Bezieher von SGB II / SGB XII - Leistungen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, seinen Einfluss gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen und Hessischen Städtetag und der Hessischen Landesregierung geltend zu machen und sich dafür einzusetzen, dass eine angemessene Änderung des SGB II und SGB XII erfolgt und zwar

- 1. die Regelleistungen des SGB II- und SGB XII- Bezugs sollen von 351 Euro auf 420 Euro angehoben werden*
- 2. die Regelsätze für Kinder (211 Euro für Kinder unter 14 und 281 Euro für Kinder ab 14 Jahren) sollen auf 300 bis 350 Euro abhängig vom Alter angehoben werden.*

In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Zu TOP 14.38:

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschlich (CDU), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Metz (Marburger Linke).

Während des Wortbeitrages des Stadtverordneten Metz betreten demonstrierende Bürgerinnen und bürger den Sitzungssaal. Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht daher die Sitzung um 21:13 Uhr und beruft zur weiteren Klärung des Sitzungsablaufs den Ältestenrat ein.

Nach der Sitzung des Ältestenrates treten die Fraktionen noch zur Klärung von Verfahrensfragen zusammen. Die Sitzung wird vorgesetzt um 22:32 Uhr.

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert das Haus, dass die begonnene Aussprache zum Armutsbericht nicht wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht fortgesetzt werden sollte. Über die Vorlagen kann nun abgestimmt werden.

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann erklärt für seine Fraktion, damit nicht einverstanden zu sein. Weiter zur Sache sprechen Stompfe (CDU), Severin (SPD)

und Metz (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Vorlage abstimmen.

Zu TOP 12.1:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu TOP 14.34:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU und der MBL, bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, seinen Einfluss gegenüber dem Städtetag und der Hessischen Landesregierung geltend zu machen und sich dafür einzusetzen, dass eine angemessene Änderung des SGBII erfolgt und zwar

- 1. die Regelleistungen des SGB II -Bezugs soll von 351 Euro auf 420 Euro angehoben werden**
- 2. die Regelsätze für Kinder (211 Euro für Kinder unter 14 und 281 Euro für Kinder ab 14 Jahren) sollen auf 300 bis 350 Euro abhängig vom Alter angehoben werden.**

Zu TOP 14.38:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 12.2 Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2008
Haushaltsstelle 670001.962000 - Beleuchtungskonzept Alte Universität,
Marburg Mitte
Vorlage: VO/0290/2008**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Somit nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zur Kenntnis.

zu 13 Dringlichkeitsanträge

zu 14 Anträge der Fraktionen

**zu 14.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Seniorenfreundlich mobil in Marburg
Vorlage: VO/1684/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Antrag der CDU-Fraktion ist im Sozialausschuss wie folgt geändert worden:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

mit den ÖPNV-Anbietern in Marburg, dem Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg und anderen Interessenvertretern der Seniorinnen und Senioren in Verbindung zu treten, um auf ein gemeinsames Projekt "Seniorenfreundlich mobil in Marburg" hinzuwirken:

In diesem Rahmen sollen die im Fahrgastbeirat in der Sitzung vom 13.02.2008 besprochenen Punkte im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans umgesetzt werden:

- Übersichtlichere Fahrplangestaltung mit größerer Schrift und eine separate Berücksichtigung der Ferienfahrpläne.*
- Kontrastierende Haltestangen in den Fahrzeugen, vor allem im Kreisgebiet.*
- Position der reservierten Plätze für Schwerbehinderte, diese sollen möglichst leicht zugänglich und nicht auf den Radkästen der Busse sein.*
- Unbequeme und zu wenige Sitzgelegenheiten an Bushaltestellen.*
- Den Abstellmöglichkeiten für Rollatoren im Bus.*
- Behinderungen von Fußgängern auf dem Bürgersteig in der Bahnhofstraße durch Aufsteller der Geschäfte und im Bereich der Bushaltestelle.*
- Fehlende Querungshilfe in der Wilhelm-Röpke-Straße in der Nähe der Bushaltestelle "Universitätsbibliothek" zur sicheren Überquerung.*

Dieser Antragsfassung sind alle Fraktionen beigetreten. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem so geänderten Antrag.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet an Hand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Sozialausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dem geänderten Beschlusstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert,

mit den ÖPNV-Anbietern in Marburg, dem Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg und anderen Interessenvertretern der Seniorinnen und Senioren in Verbindung zu treten, um auf ein gemeinsames Projekt "Seniorenfreundlich mobil in Marburg" hinzuwirken:

In diesem Rahmen sollen die im Fahrgastbeirat in der Sitzung vom 13.02.2008 besprochenen Punkte im Rahmen der Fortschreibung des

Nahverkehrsplans umgesetzt werden:

- **Übersichtlichere Fahrplangestaltung mit größerer Schrift und eine separate Berücksichtigung der Ferienfahrpläne.**
- **Kontrastierende Haltestangen in den Fahrzeugen, vor allem im Kreisgebiet.**
- **Position der reservierten Plätze für Schwerbehinderte, diese sollen möglichst leicht zugänglich und nicht auf den Radkästen der Busse sein.**
- **Unbequeme und zu wenige Sitzgelegenheiten an Bushaltestellen.**
- **Den Abstellmöglichkeiten für Rollatoren im Bus.**
- **Behinderungen von Fußgängern auf dem Bürgersteig in der Bahnhofstraße durch Aufsteller der Geschäfte und im Bereich der Bushaltestelle.**
- **Fehlende Querungshilfe in der Wilhelm-Röpke-Straße in der Nähe der Bushaltestelle "Universitätsbibliothek" zur sicheren Überquerung.**

**zu 14.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Mülleimer in den Bussen
Vorlage: VO/0145/2008**

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet an Hand der Niederschrift. Der Sozialausschuss hat den Antrag an den Fahrgastbeirat zur weiteren Beratung überwiesen.

Der Fahrgastbeirat hat die Vorlage am 11.06.2008 beraten und ist dem Antrag gefolgt.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag wie folgt abgeändert:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

den Magistrat zu beauftragen zu prüfen,

ob in jedem Bus ein Mülleimer installiert werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,

ob in jedem Bus ein Mülleimer installiert werden kann.

**zu 14.3 Antrag der MBL-Fraktion betr. Windenergienutzung
Vorlage: VO/0184/2008**

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. **Die Antragsteller haben den Antrag anschließend zurückgezogen.**

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 14.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Geschichte der Vertriebenen
Vorlage: VO/0214/2008**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, FDP und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 14.5 Antrag der MBL-Fraktion betr. Solidaritätserklärung für Dagmar Metzger
Vorlage: VO/0215/2008**

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) beantragt die Vertagung der Vorlage. Dagegen spricht der Stadtverordnete Becker (SPD). Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Dr. Uchtmann abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL-Fraktionen, bei Nichtbeteiligung der Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung wird abgewiesen.

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneten Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL, sowie bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 14.6 Antrag der B90/Die Grünen/SPD-Fraktionen betr. Wehrdaer Weg
Vorlage: VO/0248/2008**

Der Antrag ist bereits im Mai im Umweltausschuss beraten worden und von dort an den Ortsbeirat Wehrda zur Beratung überwiesen worden. Der Ortsbeirat Wehrda hat inzwischen getagt und die Ablehnung empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Vorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die

Grünen und Marburger Linken, sowie bei Nein-Stimmen der CDU und der FDP und bei Nichtbeteiligung der MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob der Wehrdaer Weg für den Individualverkehr in eine Einbahnstraße umgestaltet werden kann.

**zu 14.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Selbstverpflichtung aus dem Klimabündnis umsetzen
Vorlage: VO/0305/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 14.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Investitionsplanung für energieoptimierte Sanierungsstrategie entwickeln
Vorlage: VO/0306/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Beschlusstext des Antrages hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten (Änderungen: fett):

*Der Magistrat wird gebeten, **weiterhin im Rahmen des Energie- oder Gebäudeberichts** für den städtischen Gebäudebestand systematische Schwachstellenanalysen durchzuführen, die aufzeigen, wo in den kommenden Jahren wie viel Investitionsbedarf für Sanierungsmaßnahmen voraussichtlich bestehen wird. Die energetischen Maßnahmen sind dabei besonders hervorzuheben. (z.B. Erstellung eines umfänglichen Katasters für alle Heizungsanlagen und Energieausweise mit Angaben zu den bauphysikalischen, heizungs- und lüftungstechnischen Daten sowie zu den Stromverbrauchern).*

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu diesem ergänzten Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, weiterhin im Rahmen des Energie- oder Gebäudeberichts für den städtischen Gebäudebestand systematische

Schwachstellenanalysen durchzuführen, die aufzeigen, wo in den kommenden Jahren wie viel Investitionsbedarf für Sanierungsmaßnahmen voraussichtlich bestehen wird. Die energetischen Maßnahmen sind dabei besonders hervorzuheben. (z.B. Erstellung eines umfänglichen Katasters für alle Heizungsanlagen und Energieausweise mit Angaben zu den bauphysikalischen, heizungs- und lüftungstechnischen Daten sowie zu den Stromverbrauchern).

**zu 14.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Energetische Vorgaben für städtische Wohnbaugesellschaften
Vorlage: VO/0307/2008**

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Nach der Beratung haben die Antragsteller die Vorlage zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück, bis auf Weiteres. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 14.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Kein Ausbau von weiteren Windrädern in Marburg
Vorlage: VO/0308/2008**

Auf Wunsch der Antragstellenden Fraktion wird die Vorlage vertagt bis zur nächsten Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur September-Sitzung.

**zu 14.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Passivhausstandart
Vorlage: VO/0311/2008**

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten:

Die Magistrat wird gebeten, weiterhin bei Neubauten bzw. Erweiterungen städtischer Gebäude, insbesondere im Schulbereich darauf zu achten, dass die Umsetzung in Form von Passivhausstandards erfolgt.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zum ergänzten Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Magistrat wird gebeten, weiterhin bei Neubauten bzw. Erweiterungen städtischer Gebäude, insbesondere im Schulbereich darauf zu achten, dass die Umsetzung in Form von Passivhausstandards erfolgt.

**zu 14.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Intensivierung von Forschungsaktivitäten
Vorlage: VO/0314/2008**

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. **Nach der Diskussion hat die antragstellende CDU-Fraktion die Vorlage zurückgezogen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.**

**zu 14.13 Antrag der CDU-Fraktion betr. Klimaschutz - Transparenz im Haushalt
Vorlage: VO/0315/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, einen Sonderbericht dem Haushalt beizufügen, indem die verschiedenen Investitionen hinsichtlich Klimaschutzmaßnahmen aufgelistet sind.

**zu 14.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Klimaschutz durch Öffentlichkeitsarbeit
Vorlage: VO/0316/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die städtische Klimaschutzpolitik sowie die politischen Handlungsfelder insbesondere hinsichtlich der Umweltpolitik in einer (weiteren) Informationsbroschüre zu kommunizieren. Diese Broschüre soll jährlich auf ihre Aktualität überprüft werden und bei Bedarf bzw. Notwendigkeit neu aufgelegt werden.

Darüber hinaus wird der Magistrat beauftragt, eine Kampagne für die Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln in der die „Solar Region Marburg“

dargestellt wird. Inhalt diese Kampagne soll die Darstellung der bereits eingeführten Solar Projekte (Elisabethschule, Georg-Gaßmann-Halle, etc.) sein sowie die verschiedenen Möglichkeiten der erneuerbaren Energien inklusive finanzieller Fördermittel und der rechtlichen Grundlagen.

zu 14.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige umsetzen
Vorlage: VO/0325/2008

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage an den Ältestenrat überwiesen. Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, hat der Ältestenrat den Antrag ebenfalls beraten und empfiehlt, in der Stadtverordnetenversammlung, darüber abzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL und Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Hessischen Minister des Innern und für Sport, Volker Bouffier, und die gesamte Landesregierung, den Beschluss des Hessischen Landtages vom 09. April 2008 zur Drucksache 17/22 umzusetzen.

Die StVV beauftragt den Magistrat seine Kontakte zur Hessischen Landesregierung zu nutzen, damit diese den Widerstand gegen die Umsetzung des Beschlusses des Hessischen Landtages vom 09. April 2008 zur Drucksache 17/22 aufgibt.

zu 14.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Stellungnahme des RP zu Geldzahlungen an verurteilte Studierende
Vorlage: VO/0342/2008

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher an Hand der Niederschrift. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, sowie bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 14.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bekämpfung von politisch links motivierten Delikten
Vorlage: VO/0344/2008

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion wird die Vorlage vertagt bis zur nächsten Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur September-Sitzung.

**zu 14.18 Antrag der MBL und CDU-Fraktionen betr. Umgang mit Anträgen der Fraktionen
Vorlage: VO/0354/2008**

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und an den Ältestenrat zur abschließenden Beratung überwiesen.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt ist die Vorlage nach ausführlicher Beratung im Ältestenrat als erledigt anzusehen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 14.19 Antrag der CDU-Fraktion betr. Lockerung des Denkmalschutzes
Vorlage: VO/0358/2008**

Die Vorlage wird auf Wunsch der CDU-Fraktion vertagt bis zur September-Sitzung.

**zu 14.20 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Gelenkbusse
Vorlage: VO/0398/2008**

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat sich mit dem Antrag befasst. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat bittet als Gesellschafter die Stadtwerke Marburg GmbH zu prüfen, ob zukünftig nur noch Gelenkbusse gekauft werden können, die zusätzlich zum obligatorischen Stehperron im Bereich der Tür II ein weiteres Stehperron im Bereich der Tür III vorzuweisen haben. Diese Gelenkbusse sollen über eine automatische oder manuelle Auffahrrampe bei den Türen II und III verfügen, und die Stehperrons sollen natürlich ohne Stufen zu erreichen sein.

zu 14.21 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Fördermittel für Hallenbäder**
Vorlage: VO/0422/2008

Der Antrag wird auf Wunsch der CDU-Fraktion vertagt bis zur September-Sitzung.

zu 14.22 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Studier mal Marburg**
Vorlage: VO/0483/2008

Die Vorlage wird auf Wunsch der FDP-Fraktion vertagt bis zur September-Sitzung.

zu 14.23 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Beflagung des**
Stadtverordnetensitzungssaals
Vorlage: VO/0485/2008

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. **Die CDU-Fraktion hat die Vorlage nach der Beratung als Erledigt zurückgezogen.**

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 14.24 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Projekt Handyführerschein**
Vorlage: VO/0486/2008

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, MBL und FDP, sowie bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 14.25 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Fronhofschule**
Vorlage: VO/0487/2008

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die

Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL, sowie Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 14.26 Antrag der CDU-Fraktion betr. Toiletten der Erich-Kästner-Schule
Vorlage: VO/0494/2008**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, die Toilettenanlagen der Erich-Kästner-Schule in Cappel zu sanieren.

**zu 14.27 Antrag der MBL-Fraktion betr. Schloss
Vorlage: VO/0496/2008**

Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Antrag für erledigt zu erklären.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL-Fraktionen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

**zu 14.28 Antrag der MBL-Fraktion betr. Gaspreise
Vorlage: VO/0497/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher an Hand der Niederschrift. Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich für erledigt erklärt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

**zu 14.29 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Bessere Bahnanbindung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0500/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss einstimmig angenommen worden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst ebenfalls einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten schnellstmöglich in Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG und dem RMV zu treten, um die Bedingungen für die Marburger Bahnnutzer und Besucher wenigstens wieder auf das Niveau von 2006 zu bringen. Er soll dafür Sorge tragen, dass

- 1. die stündlichen Verbindungen zwischen 5 und 24 Uhr von und nach Frankfurt und von und nach Kassel wieder sichergestellt sind**
- 2. die Ausdünnung der ICs am Abend und an Wochenenden zurückgenommen wird**
- 3. es für Marburger keine Notwendigkeit eines Umsteigens in Treysa auf dem Weg von und nach Kassel gibt**
- 4. die Schalter an den Wochenenden wenigsten annähernd so lange geöffnet sind wie in Giessen**
- 5. es wieder einen Marburger Städtefahrplan gibt**
- 6. Marburg bei Zügen des Regionalexpress mit Endbahnhof Treysa wieder auf der Anzeigetafel in Frankfurt und bei den Durchsagen vor Abfahrt des Zuges genannt wird.**

**zu 14.30 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Asphaltaufschüttung bei Verkehrsinseln
Vorlage: VO/0501/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass die Verkehrsinseln beim Fußgängerübergang Bahnhofsstrasse unter der Autobahnbrücke und bei dem Übergang Elisabethstrasse auf Höhe der Elisabethkirche mit Asphalt aufgeschüttet werden, so dass die Barrierefreiheit garantiert ist.

zu 14.31 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr.

Pflegepatenschaften für ein noch attraktiveres Stadtbild
Vorlage: VO/0505/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, zwecks einer weiteren Verbesserung des Marburger Stadtbildes und in Ergänzung der städtischen Grünflächenunterhaltung private Pflegepatenschaften für öffentliche Grünflächen verstärkt zu fördern und zu bewerben.

Die Festlegung der Modalitäten und praktischen Umsetzung soll in enger Kooperation mit den Ortsbeiräten bzw. Stadtteilgemeinden erfolgen.

zu 14.32 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Einrichtung eines Landesleistungszentrums für Blinde und Sehbehinderte
Vorlage: VO/0506/2008

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich umgehend mit dem Hessischen Behinderten- und Rehabilitationssportbund in Verbindung zu setzen, um Marburg als Leistungszentrum für Blinde und Sehbehinderte zu unterstützen.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Wie der Stadtverordnete Becker (SPD) mitteilt, wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss jedoch folgender Beschlusstext empfohlen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich umgehend mit dem Hessischen Behinderten- und Rehabilitationssportbund in Verbindung zu setzen, wie das in Marburg vorgesehene Leistungszentrum für Blinde und Sehbehinderte unterstützt werden kann.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen Antragstext abstimmen. Dagegen wird aus den Reihen der Fraktionen nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich umgehend mit dem Hessischen Behinderten- und Rehabilitationssportbund in Verbindung zu setzen, wie das in Marburg vorgesehene Leistungszentrum für Blinde und Sehbehinderte unterstützt werden kann.

zu 14.33 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Familienfreundlicher "Betrieb" Stadtverwaltung

Vorlage: VO/0507/2008

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Dort wurde folgender Formulierungsvorschlag eingebracht:

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Familienfreundlicher "Betrieb" Stadt und städtische Unternehmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Arbeit bei der Stadt und den städtischen Unternehmen familienfreundlicher gestaltet werden kann. Hierbei sind folgende Punkte einzubeziehen:

1. *Einführung von familienfreundlichen, flexiblen Arbeitszeitregelungen und Wunscharbeitszeit sowie Tele- und Heimarbeit.*
2. *Aufbau von mehr „vollzeitnahen Teilzeitstellen“ (25-35 Stunden) sowie die Möglichkeit, bei unvorhergesehenen Ereignissen wie Krankheit des Kindes/des Angehörigen flexibel von der vereinbarten Standardarbeitszeit abweichen zu können.*
3. *Aufbau einer familienfreundlichen Personalpolitik wie z.B. Beseitigung der Nachteile für Teilzeitbeschäftigte bei Leitungsfunktionen und Eingruppierung oder z.B. Stärkung familien- bewusster Führungskompetenzen.*
4. *Entwicklung von geeigneten Beratungs- und Kommunikationsangeboten für die Elternzeit wie z.B. Weiterbildung, stundenweise Vertretungsangebote, Kontaktpflege.*
5. *Aufbau einer AG Väter und Karriere, um Männer bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.*

Der so geänderte Antrag wird vom Sozialausschuss mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diese Antragsformulierung abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Familienfreundlicher "Betrieb" Stadt und städtische Unternehmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Arbeit bei der Stadt und den städtischen Unternehmen familienfreundlicher gestaltet werden kann. Hierbei sind folgende Punkte einzubeziehen:

1. **Einführung von familienfreundlichen, flexiblen Arbeitszeitregelungen und Wunscharbeitszeit sowie Tele- und Heimarbeit.**
2. **Aufbau von mehr „vollzeitnahen Teilzeitstellen" (25-35 Stunden) sowie die Möglichkeit, bei unvorhergesehenen Ereignissen wie**

Krankheit des Kindes/des Angehörigen flexibel von der vereinbarten Standardarbeitszeit abweichen zu können.

3. **Aufbau einer familienfreundlichen Personalpolitik wie z.B. Beseitigung der Nachteile für Teilzeitbeschäftigte bei Leitungsfunktionen und Eingruppierung oder z.B. Stärkung familienbewusster Führungskompetenzen.**
4. **Entwicklung von geeigneten Beratungs- und Kommunikationsangeboten für die Elternzeit wie z.B. Weiterbildung, stundenweise Vertretungsangebote, Kontaktpflege.**
5. **Aufbau einer AG Väter und Karriere, um Männer bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.**

**zu 14.34 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Erhöhung der Regelleistungen für Bezieher von SGB II-Leistungen
Vorlage: VO/0510/2008**

Der TOP 14.34 wird zusammen mit dem TOP 12.1 aufgerufen.

**zu 14.35 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Kreativspielplatz
Vorlage: VO/0511/2008**

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Die antragstellenden Fraktionen beantragen jedoch, den Antrag zu vertagen und an das Kinder- und Jugendparlament zur weiteren Beratung zu überweisen.

Dagegen wird nicht gesprochen. Somit wird wie beantragt verfahren.

**zu 14.36 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gewerbesteuersatz
Vorlage: VO/0517/2008**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Sie wurde im Rahmen der Beschlussfassungen zum 1. Nachtragshaushaltplan 2008 bereits abgelehnt.

Eine Abstimmung erübrigt sich somit.

**zu 14.37 Antrag der Marburger Bürgerliste betr. Einkaufsmöglichkeiten auf den Lahnbergen
Vorlage: VO/0521/2008**

Die Vorlage wird auf Wunsch der Antragsteller vertagt bis zur September-

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

- zu 14.38 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufstockung der SGB II - Regelleistungen**
Vorlage: VO/0522/2008

Der TOP 14.38 wird zusammen mit dem TOP 12.1 aufgerufen.

- zu 14.39 Antrag der CDU-Fraktion betr. Kreisverkehr am Wilhelmsplatz**
Vorlage: VO/0534/2008

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Er wurde dort wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten, wenn vorhanden, die Planungen zur Umgestaltung des Wilhelmsplatzes zu einem Kreisverkehr vorzulegen.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu der ergänzten Antragsfassung.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat sich mit der Vorlage befasst und empfiehlt die gleiche Beschlussfassung, wie die zuvor beratenden Gremien.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, wenn vorhanden, die Planungen zur Umgestaltung des Wilhelmsplatzes zu einem Kreisverkehr vorzulegen.

- zu 14.40 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung des Bebauungsplans 7/3 Erlenringspange**
Vorlage: VO/0537/2008

Die Antragsteller beantragen die Vertagung des Antrages bis zur September-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Dagegen wird nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur September-Sitzung.

- zu 15 Kenntnisnahmen**

zu 15.1 **Finanzierung von Lernmitteln durch einkommensschwache Eltern**
Vorlage: VO/0250/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.2 **Umwandlung von Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen in der
Innenstadt**
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD (VO/410/2004)
Vorlage: VO/0394/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.3 **Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der
Budgets zum 30.06.2008**
Vorlage: VO/0463/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.4 **Jahresbericht Gebäudewirtschaft**
Vorlage: VO/0492/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.5 **Genehmigung der Verfassungsänderung der Stiftung St. Jakob**
Vorlage: VO/0518/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 16 **Grundstücksverkauf im Stadtteil Marbach**
Vorlage: VO/0339/2008

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Da die erforderliche $\frac{3}{4}$ Mehrheit für eine abschließende Beschlussfassung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften jedoch nicht erreicht wurde, hat die Stadtverordnetenversammlung über diese Vorlage zu befinden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, dem Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die Stadt Marburg verkauft an eine noch zu gründende GmbH & Co. KG, bestehend aus den Gesellschaftern Gerald Kappeller und Udo Graul, Eisenstraße 5, 35039 Marburg, das Europabad nebst dazu gehörendem Parkplatz mit einer noch zu vermessenden Gesamtfläche von ca. 5.170 qm aus dem Grundstück

Gemarkung Marbach, Flur 5, Flurstück 32/5 = 24.484 qm

Das Grundstück ist eingetragen im Grundbuch von Marbach, Blatt 1000, lfd. Nr. 594.

Der Grundstücksverkaufspreis beträgt insgesamt 551.900,00 €.

Er teilt sich folgendermaßen auf:

**Bebaute Grundstücksfläche zuzüglich Arrondierungsbereich
ca. 2.000 qm á 165,00 €/qm = 330.000,00 €**

**Nicht überbaubare Grundstücksfläche einschl. Parkplatz
ca. 3.170 qm á 70,00 €/qm = 221.900,00 €**

Auf den Grundstückskaufpreis angerechnet werden die durch den Fachdienst Hochbau ermittelten Abriss- und Entsorgungskosten des aufstehenden Europabades in Höhe von ca. 520.000,00 €.

Sollten diese Kosten nachweislich höher sein, werden sie maximal bis zur Höhe des errechneten Kaufpreises von 551.899,00 € gegengerechnet. Darüber hinaus gehende Kosten bleiben unberücksichtigt.

Die Erhaltung des Baukörpers in seiner bestehenden Architektur auf der Grundlage eines vorzulegenden genehmigungsfähigen Baukonzeptes wird im Kaufvertrag verpflichtend vereinbart.

Darüber hinaus wird der Erwerber im Kaufvertrag zur Wärmeabnahme bei der Stadtwerke Marburg GmbH für das geplante Objekt verpflichtet und eine Mitbenutzung des vorhandenen Parkplatzes durch den benachbart liegenden Tennisverein vereinbart.

Die Kosten der vertraglichen Abwicklung und grundbuchmäßigen Durchführung gehen zu Lasten der Kaufpartei.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:25 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge
Beantwortung Kleiner Anfragen